

INSPIRATIONEN/INFORMATIONEN

übrigens

Laut Mikrozensus des Statistischen Bundesamtes aus dem Jahr 2014 leben in Deutschland etwa 16,5 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund. Dies ist schon heute mehr als die Einwohnerzahl aller fünf Neuen Bundesländer und Berlins zusammengenommen. Bundesweit weist ein knappes Fünftel der hierzulande lebenden Menschen einen Migrationshintergrund auf – Tendenz deutlich steigend.



AUS UNSERER SERIE „STATISTIK KOMMUNAL“

Diversifizierung der deutschen Gesellschaft

Fakten zum Thema Migration, Integration und Asyl

Migration und Integration sind Dauerbrenner der politischen Debatte. Niemand kann ernsthaft behaupten, dass diese Themen im öffentlichen Diskurs unterbelichtet wären. Seit der Deutschen Einheit wird nahezu unaufhörlich zu den Implikationen der Einwanderung gestritten – Multikulti oder deutsche Leitkultur, eingeschränktes Asylrecht oder offene Grenzen für jeden, der nach Hilfe fragt, Assimilation oder Integration, gehört der Islam zu Deutschland oder nicht, Huntingtons Clash der Zivilisationen und die neue Terrorangst, doppelte Staatsbürgerschaft oder Bekenntnis zur neuen Heimat, wie viel Toleranz verdient kulturell oder religiös begründete Intoleranz, was ist mit der Gleichheit der Geschlechter und der sexuellen Orientierungen, ist Einwanderung unter dem Strich mit gesellschaftlichem Gewinn oder mit Schaden für die Bundesrepublik verbunden.

All diese Fragen werden bis heute unablässig hin und her gewogen. Spätestens seit Sarrazins Bestseller beschäftigt sich das ganze Land geradezu manisch mit den Facetten der Integration. Die islam- und in großen Teilen auch fremdenfeindliche Pegida-Bewegung und das Erstarken einer neuen rechtspopulistischen Partei lassen darauf schließen, dass aktuell tatsächlich Gräben aufbrechen zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund, noch viel stärker jedoch zwischen unterschiedlichen politischen Lagern. Diese Entwicklung zeigt sich seit Sarrazin, hat sich mit der aktuellen Asyldebatte jedoch deutlich potenziert. Für UNTERNEHMERIN KOMMUNE ist dies Anlass genug, den Themenkomplex Migration, Integration und Asyl nun auch statistisch aufzuarbeiten. Lesen Sie im Folgenden einen Beitrag aus der Reihe „Statistik kommunal“.



Türkische Hochzeit im Duisburg der 70er Jahre

In Mitteleuropa lebten seit der Völkerwanderung vor allem germanische und slawische Völker. Mit der Kaiserkrönung Karls des Großen im Jahre 800 hatte sich erstmals so etwas wie eine deutsche Nation herausgebildet. Allerdings war das Bewusstsein für die eigene ethnische Zugehörigkeit bis in das späte Mittelalter kaum ausgeprägt. Deutlich stärker Identität stiftend war das Deutsche als gemeinsame Sprache. Wesentlichen Einfluss hatte hier die Erfindung des Buchdrucks oder die Bemühungen Luthers und anderer, sich stärker der Sprache des Volkes anzunehmen.

Der Nationalstaat ist nicht so alt, wie es einige Nationalisten vielleicht glauben mögen. Eine gemeinsame Identität muss in einem komplexen Staatswesen der Voraussetzung grundlegender Kommunikations- und Handelsströme genügen. Diese war erst mit dem Ende des 18. Jahrhunderts und der

beginnenden Industriellen Revolution erfüllt. Wenn vorher Migration in die Staaten des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation organisiert wurde, so war diese vor allem religiös motiviert. Beispiele sind die Anwerbung französischer oder böhmischer Protestanten, die in ihren Herkunftsländern von einer wütenden Gegenreformation bedroht waren und nun in Deutschland respektive Preußen zur Mehrung des Staatswohls beitragen durften.

Mit der Ausprägung der Industriegesellschaft im 19. Jahrhundert wurde die

Flüchtenden aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten in die nun engeren Grenzen der Bundesrepublik und der DDR. Das „Einwanderungsland Deutschland“ war jedoch erst geboren mit der massiven Anwerbung von Gastarbeitern aus dem Süden Europas und aus Anatolien. Dank des deutschen Wirtschaftswunders entstand bereits kurz nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs ein enormer Bedarf an Arbeitskräften. Die Bundesregierung genügte dem Druck der großen Wirtschaftsverbände und schloss Anwerbeabkommen mit

In den 1980er Jahren wurde die Debatte um Einwanderung vor allem von Auseinandersetzungen um das Asylrecht geprägt. Dessen sehr großzügige Auslegung ermöglichte nicht nur politisch Verfolgten sondern auch Arbeitsmigranten die Einwanderung. Zunehmende Fremdenfeindlichkeit und eine Serie rassistischer Anschläge führten 1993 schließlich zu einer deutlichen Verschärfung. Zu Beginn der 1990er Jahre kamen auch in größerer Zahl Einwanderer aus Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion nach Deutsch-



Vor dem Berliner Landesamt für Gesundheit und Soziales warten Asylbewerber auf ihre Registrierung.

Bevölkerung zunehmend mobiler. Zehntausende Deutsche suchten ihr Glück in der Fremde, vor allem in Nordamerika, aber auch in Russland, Afrika und Ozeanien. Andere – wie etwa viele polnische Arbeiter – kamen nach Deutschland, um dort an der industriellen Entwicklung zu partizipieren. Mittlerweile haben sich alle der genannten Einwanderergruppen nahezu vollständig assimiliert – die französischen und böhmischen Protestanten genauso wie die vornehmlich polnischen Arbeiter, die seinerzeit insbesondere ins Ruhrgebiet migrierten.

Im Ergebnis des Zweiten Weltkriegs zeigte sich eine massive Binnenmigration von

Italien, Spanien, Griechenland, Jugoslawien, Marokko, Portugal, Tunesien und mit der Türkei. 1973 zählten die Gastarbeiter und deren Angehörige bereits vier Millionen. Im selben Jahr einigte man sich in der Bundesregierung auf einen Anwerbestopp. Im Zuge der Familienzusammenführung kamen jedoch auch in den folgenden Jahrzehnten Millionen Menschen aus dem Süden Europas und vor allem aus der Türkei nach Deutschland. Ähnliche Anwerbeabkommen, die die DDR etwa mit Vietnam, Kuba, der Mongolei, Angola oder Mosambik geschlossen hatte, waren in ihren zahlenmäßigen Auswirkungen nicht annähernd vergleichbar.

land: Einerseits Spätaussiedler, andererseits etwa 220.000 Juden. Mit der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts unter der rot-grünen Bundesregierung Gerhard Schröders wurde die Staatsangehörigkeit über die ethnische Herkunft hinaus geöffnet. In Deutschland geborene Einwanderer der zweiten Generation hatten nun die Möglichkeit einer Einbürgerung.

Mit der Öffnung des Arbeitsmarktes innerhalb der Europäischen Union und als direkte Folge der Wirtschafts- und Finanzkrisen in den Ländern Südeuropas erlebte die Bundesrepublik in den vergangenen Jahren eine vergleichsweise qualifizierte Einwanderung im Rahmen der EU-Binnenmigration. Kam der

Großteil der nach Deutschland Hinzugezogenen seit Beginn des Jahrtausends vornehmlich aus dem EU-Ausland, steigen nun seit mittlerweile zwei Jahren die Zahlen von in Deutschland gestellten Asyl-Erstanträgen. Und dies in einem Ausmaß, welches bis dato kaum ein Beispiel kennt. Die aktuellen Schätzungen für das Jahr 2015 belaufen sich auf knapp eine Million. Sämtliche Einwanderungsquellen – EU-Binnenmigration, qualifizierte Zuwanderung über Arbeitsvisa, Familiennachzug und Asylanträge – zusammengenommen, wird 2015 schon zum Stichtag 1. November das Jahr mit der höchsten Einwanderung in der Geschichte der Bundesrepublik gewesen sein.

Kein Rezept für den demografischen Wandel

Laut Mikrozensus des Statistischen Bundesamtes aus dem Jahr 2014 leben in Deutschland etwa 16,5 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund. Dies ist schon heute mehr als die Einwohnerzahl aller fünf Neuen Bundesländer und Berlins zusammengenommen. Bundesweit weist ein knappes Fünftel der hierzulande lebenden Menschen einen Migrationshintergrund auf – Tendenz deutlich steigend. Werden auch Aussiedler und die nach dem Zweiten Weltkrieg aus Mittel- und Osteuropa Vertriebenen berücksichtigt, lässt sich für annähernd jeden zweiten Einwohner der Bundesrepublik ein Migrationshintergrund konstatieren. 2060 wird diese definitorische Ausweitung nicht mehr nötig sein. Dann werden auch gemäß der üblichen Rechnung zwischen 35 und 50 Prozent der Menschen in Deutschland ihre Wurzeln im Ausland haben. Ohne Einwanderung würde die Bevölkerung Deutschlands schon heute bei lediglich 70 Millionen Menschen liegen. 2060 würden es nur noch etwa 50 Millionen sein und nicht die für diesen Zeitpunkt zu erwartenden 70 Millionen.

Dennoch ist die Zuwanderung kaum geeignet, den demografischen Wandel zu kontern. Zu hoch sind die Integrationskosten und zu stark wirkt der gegenläufige Trend einer niedrigen Geburtenrate. Diese liegt auch heute schon gemessen an der Gesamtbevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund bei lediglich 1,4 Kindern pro Frau. Da sich die Fertilitätsrate von Einwanderern spätestens mit der dritten Generation an die der Mehrheitsbevölkerung angleicht, ist auch für die Zukunft nicht ansatzweise mit einer derart massiven Steigerung zu rechnen, die nötig wäre, um den Trend umzukehren. Einwanderung kann also

nicht die Antwort auf demografische Probleme sein. Hier gilt es vielmehr, sich bestmöglich an die statistisch mit großer Sicherheit vorhersagbaren Proportionen anzupassen.

Drei Variablen

Dennoch wird es weiterhin Einwanderung geben. Es ist kaum zu erwarten, dass sich die Migrationsströme in einer globalisierten Welt deutlich vermindern. Dies betrifft jedoch sowohl die Emigration als auch die Immigration.

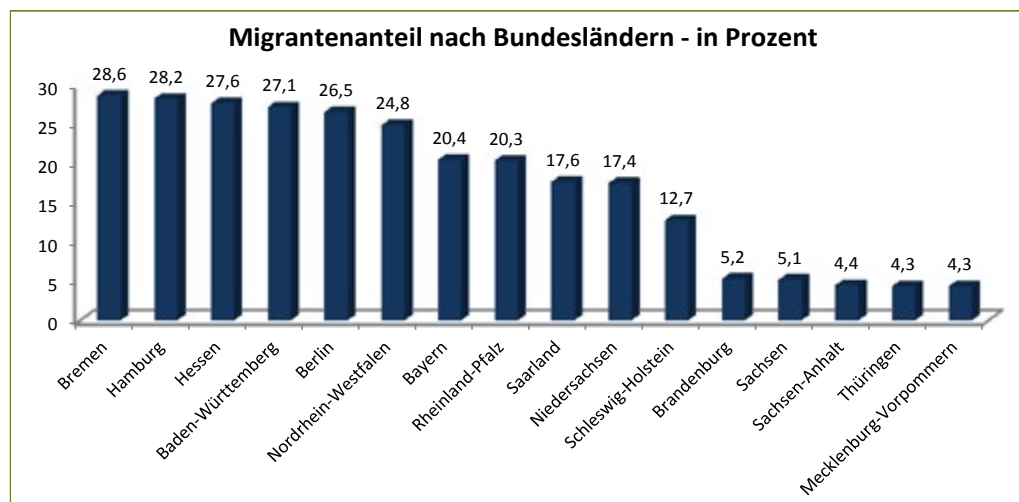
So haben sich die Auswandererzahlen seit Beginn der 90er Jahre auf einem sehr hohen Niveau von durchgehend mehr als 600.000 Menschen pro Jahr verfestigt. 2013 wurde mit knapp 800.000 Emigranten der zweithöchste Wert seit dem Jahr 1993 erreicht. Nach den Zielländern lag Polen auf dem ersten Rang. Allerdings rangierte Polen seit der EU-Osterweiterung auch bei den Herkunftsländern lange Zeit an Eins, was darauf hindeutet, dass sich gerade zwischen Polen und Deutschland politische Grenzen zunehmend zur Marginalie entwickeln.

Innerhalb Deutschlands zeigt sich eine heterogene Verteilung von Menschen mit Migrationshintergrund. Grundsätzlich besteht eine recht ausgeprägte Proportionali-

Produktivität, Arbeitslosenrate und Steuerkraft ganz am Ende der Statistik, sondern auch beim Migrantenanteil. Hier werden lediglich Werte zwischen 4,3 und 5,2 Prozent erreicht. Ob wirtschaftliche Kraft einen hohen Migrantenanteil bedingt oder umgekehrt oder beides gegeneinander wirkt, bleibt dahingestellt

Politisch jedenfalls zeigt sich eine umgekehrte Proportionalität zwischen dem Erfolg rechter und rechtspopulistischer Parteien wie NPD, DVU oder AfD auf der einen und dem Migrantenanteil auf der anderen Seite. Schließlich konnte zumindest eine der drei genannten Parteien in allen ostdeutschen Bundesländern bei Landtagswahlen reüssieren. In einem westdeutschen Flächenland ist dies seit der Deutschen Einheit nur einmal gelungen – und zwar der DVU in Schleswig-Holstein. Auch dies passt zur eingangs präsentierten These. Im Geflecht dreier, sich gegenseitig beeinflussender, Variablen gibt es allerdings auch eine Abhängigkeit zwischen wirtschaftlicher und demografischer Schwäche einerseits sowie politischer Desillusionierung andererseits.

Die Stadtstaaten blieben in dieser Betrachtung bislang unberücksichtigt. Dies liegt daran, dass sie auch hinsichtlich des Migrantenanteils Sonderfälle darstellen. Grundsätzlich wächst der Migrantenanteil



tät zwischen dem Migrantenanteil und der wirtschaftlichen Stärke. So liegt der Migrantenanteil in den prosperierenden drei südlichen Bundesländern Baden-Württemberg, Bayern und Hessen durchweg bei teilweise deutlich über 20 Prozent. Die wirtschaftlich nicht ganz so erfolgreichen westdeutschen Bundesländer Saarland, Niedersachsen und Schleswig-Holstein erreichen Werte zwischen 17,6 und 12,7 Prozent. Ostdeutschland liegt nicht nur im Hinblick auf zentrale wirtschaftliche Kennziffern wie Industriedichte, Wertschöpfung,

proportional zur Größe der jeweiligen Kommune. Insofern erscheint es logisch, dass die drei Stadtstaaten mit ihren jeweils mehr als 500.000 Einwohnern ganz an der Spitze der Migrationsstatistik liegen. Dies gilt allerdings nur für den Vergleich der Bundesländer und nicht für den der Großstädte. Denn auch hier sind es die prosperierenden Zentren des Südens, die den höchsten Migrantenanteil aufweisen. Ganz an der Spitze rangiert Frankfurt am Main mit etwa 43 Prozent. Danach folgen Stuttgart, Nürnberg, München, Düsseldorf, Hannover,

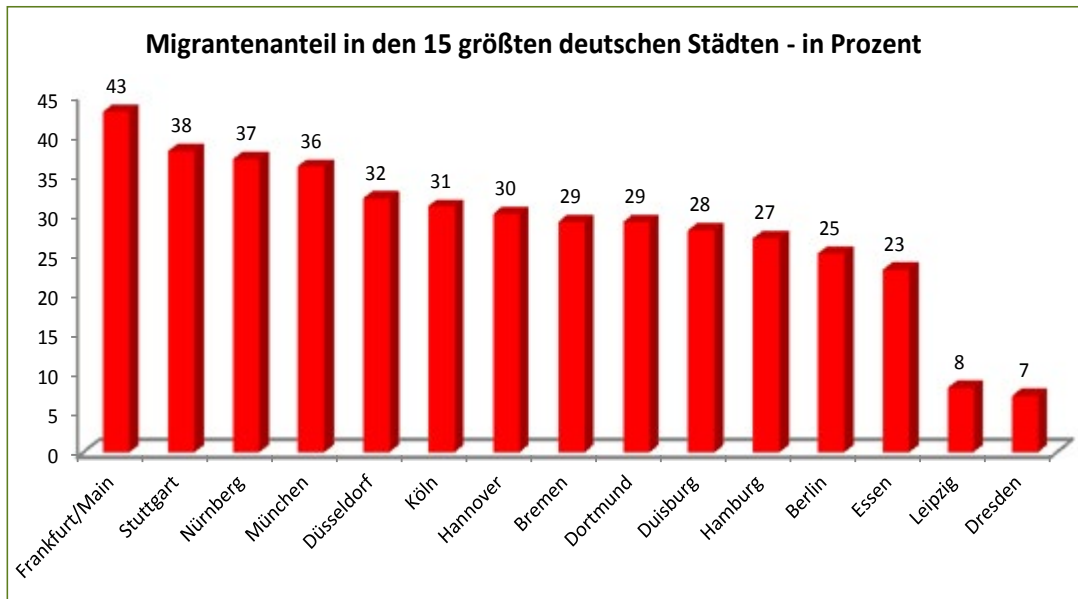
Bremen, Dortmund, Duisburg, Hamburg und Berlin. In den beiden größten Städten der Neuen Bundesländer, Leipzig und Dresden, liegt der Migrantenanteil bei lediglich acht bzw.

und über einen deutschen Pass verfügen als Deutscher ohne Migrationshintergrund.

Die Erwerbslosenquote von Menschen mit Migrationshintergrund ist doppelt so hoch

stehen, die unsichtbare Mauer besser durchbrechen, als der deutsche Durchschnittsbürger.

Laut der Kriminalitätsstatistik hat jeder dritte Tatverdächtige in Deutschland keinen deutschen Pass. Dieser Wert liegt deutlich über dem der nicht-deutschen Wohnbevölkerung (9 Prozent). Dieser Umstand wird in den Integrationsdebatten gerne aufgegriffen. Gleiches gilt für die vergleichsweise hohe Zahl von Intensivtätern mit Migrationshintergrund. Bei der Frage, ob kriminelles Verhalten unter Jugendlichen aus Einwandererfamilien in Deutschland stärker verbreitet ist, sind offizielle Kriminalstatistiken allerdings nur bedingt aussagekräftig. Sie erfassen nur die Staatsangehörigkeit und nicht den Migrationshintergrund. So werden mittler-



sieben Prozent. Dresden ist unter den deutschen Städten mit mehr als 500.000 Einwohnern jene mit dem geringsten Migrantenanteil.

Komplexe Statistiken

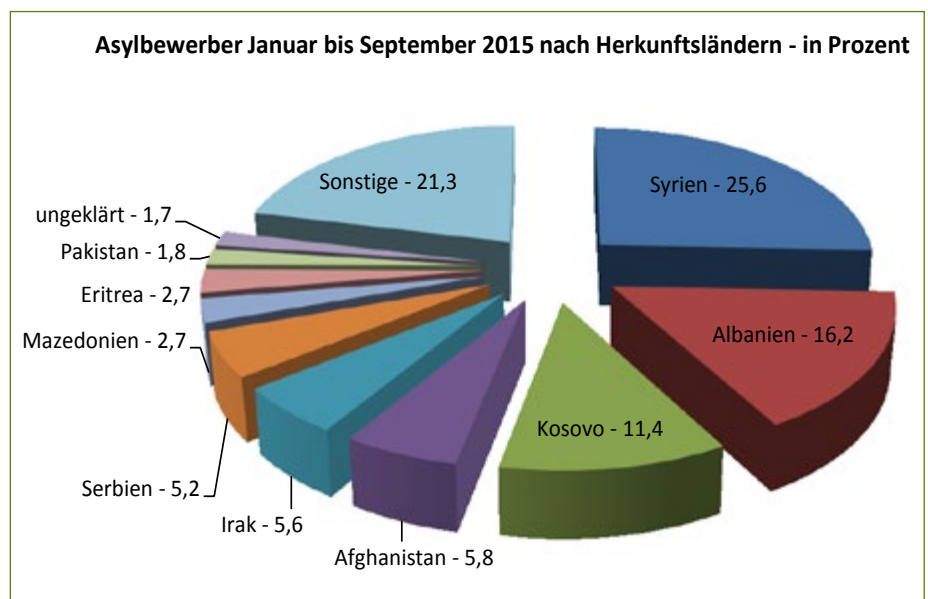
Rund ein Drittel aller Menschen mit Migrationshintergrund ist in Deutschland geboren (6 Millionen), etwa zwei Drittel sind zugewandert (10,5 Millionen). 69,4 Prozent der Zuwanderer stammten aus einem europäischen Land inklusive der Türkei, 36,6 Prozent aus einem der 28 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Aus Asien kamen 17,8 Prozent der Zuwanderer, aus Afrika 3,2 Prozent. Die wichtigsten Herkunftsländer waren die Türkei (12,8 Prozent), Polen (11,4 Prozent) und die Russische Föderation (9 Prozent), gefolgt von Kasachstan (6,9 Prozent) und Rumänien (4,4 Prozent). Italien (4 Prozent) und Griechenland (2,1 Prozent) belegen die Plätze sechs und sieben.

Unter den in Deutschland geborenen Menschen mit Migrationshintergrund dominieren nach wie vor die klassischen Gastarbeiterländer. Hier findet sich die Türkei mit deutlichem Abstand an der Spitze, sodass insgesamt etwa drei Millionen türkischstämmige Menschen in Deutschland leben. Zu beachten ist, dass die Angehörigen der dritten und weiteren Generationen nicht mehr als türkischstämmig erfasst werden. Auch dann nicht, wenn sie sich kulturell zumindest teilweise noch derart definieren. Statistisch gilt jeder, dessen beiden Elternteile in Deutschland geboren sind

wie die der Menschen ohne Migrationshintergrund. Grundsätzlich ist aber auch der soziale Status vieler Migranten geringer als im Durchschnitt der Bevölkerung. Gerade die Gastarbeiter sind vornehmlich als ungelernete Arbeitskräfte nach Deutschland gekommen. Ausländer sind daher bis heute im Durchschnitt geringer qualifiziert als die Gesamtbevölkerung. Entsprechend schlechter sind ihre Arbeitsmarktchancen. Die soziale Durchlässigkeit der Gesellschaft ist in Deutschland noch immer ein gravierendes Problem. Und so ist kaum anzunehmen, dass gerade Gastarbeiterkinder, die zusätzlich auch in Gefahr einer ethnisch-kulturellen Diskriminierung

weile knapp zwei Drittel der Jugendlichen mit Migrationshintergrund in der Statistik als Deutsche gezählt. Verfälschend kommt hinzu, dass in die Gruppe der Ausländer auch solche mit einem Wohnsitz im Ausland gezählt werden – obwohl sie nicht Teil der Migrantenbevölkerung in Deutschland sind. Ebenso ungeklärt ist die Frage, ob Straffälligkeit bei jungen Migranten tatsächlich stärker verbreitet ist oder ob sie lediglich häufiger angezeigt wird. In jedem Fall ist die Kriminalitätsbelastung ausländischer Jugendlicher seit einigen Jahren deutlich rückläufig.

Der Islam ist eine neue Religion in Mitteleuropa. Waren Judentum, Christentum und ein



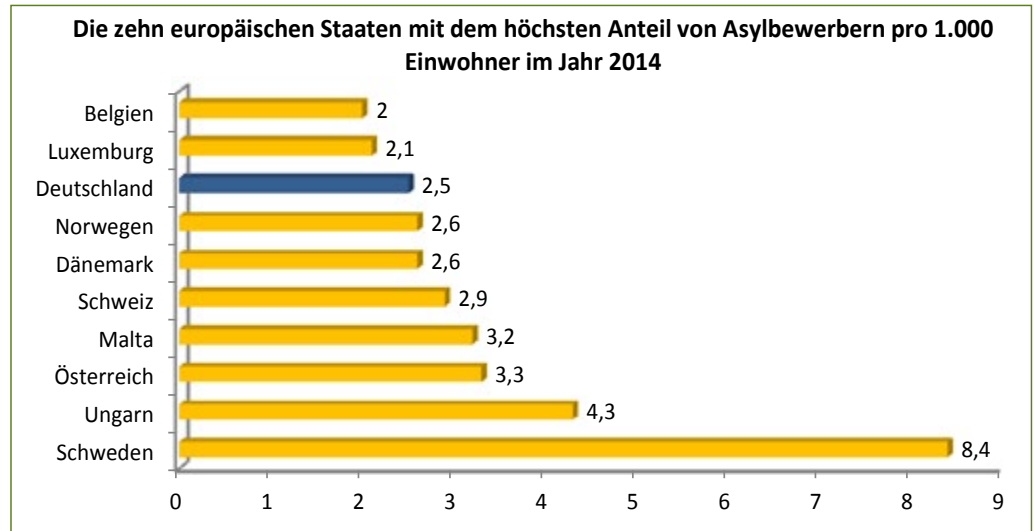
aufgeklärter Humanismus fest verankert in der deutschen Kultur, wurde der Islam erst mit den türkischen Gastarbeitern in der Bundesrepublik relevant. Die Zahl der in Deutschland lebenden Muslime ist nur schwer zu bestimmen, da die Religionszugehörigkeit auch im Mikrozensus nur in Ausnahmefällen erfasst wird. Die letzte Hochrechnung geht von 3,8 bis 4,3 Millionen Muslimen in Deutschland aus. Sie basiert auf der Untersuchung „Muslimisches Leben in Deutschland“ von 2009, für die Einwanderer aus 49 Ländern mit „signifikant muslimischem Anteil“ nach ihrer Religionszugehörigkeit gefragt wurden. Muslime ohne Migrationshintergrund kommen darin nicht vor, ob in dritter Generation in Deutschland lebend oder autochthon deutsch. Die tatsächliche Zahl könnte also etwas höher liegen. Rund die Hälfte der in Deutschland lebenden Muslime sind demnach deutsche Staatsangehörige. Ein Großteil von ihnen kam im Ergebnis der Anwerbeabkommen nach Deutschland bzw. stammt von Gastarbeitern ab. Drei Viertel der in Deutschland lebenden Muslime hängt dem sunnitischen Islam an. Dies betrifft vor allem Türken, Kurden und die große Mehrzahl der Araber.

Der schiitische Glaube ist hierzulande mit knapp 7 Prozent der Moslems deutlich unterrepräsentiert, liegt noch hinter der alevitischen Glaubensgemeinschaft an dritter Stelle der islamischen Konfessionen in Deutschland. Der Islam in Deutschland wächst seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs kontinuierlich. Blühte er in der ersten Gastarbeitergeneration

noch im Verborgenen, entstehen nunmehr auch repräsentative Moscheebauten in vielen deutschen Großstädten. Dies mag die Angst vor einer islamischen Hegemonie in Europa schüren, tatsächlich jedoch hat sich das Wachstum des Islams in Deutschland seit dem Jahr 2000 deutlich abgeschwächt.

Höchststand aus dem Jahr 1993 liegen wird. Seinerzeit und nach etlichen fremdenfeindlichen Übergriffen wurde das deutsche Asylrecht deutlich verschärft.

Doch auch in diesen engeren rechtlichen Schranken kommen nun so viele Menschen, wie nie zuvor. Im Zeitraum Januar bis Septem-



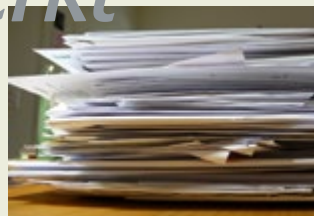
Aktuelle Herausforderungen

Die politischen Krisen im Nahen und Mittleren Osten sowie in Afrika bedingten eine massive Erhöhung der Asylbewerberzahlen in Deutschland. Wie hoch die Zahl der Asylanträge in diesem Jahr sein wird, ist zum derzeitigen Zeitpunkt noch unklar. Dies hängt auch damit zusammen, dass das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) mit der Bearbeitung der Anträge aktuell überfordert ist. Höchstwahrscheinlich wird jedoch eine Zahl erreicht werden, die deutlich über dem bisherigen

ber 2015 waren folgende Herkunftsländer am stärksten vertreten: Syrien mit etwa 25 Prozent der Erstanträge liegt an Nummer Eins. Danach folgen mit Albanien und dem Kosovo zwei der drei Westbalkanstaaten, die nun zu sicheren Drittstaaten erklärt werden sollen. Jeweils zwischen fünf und sechs Prozent aller Erstanträge entfallen auf die Staaten Afghanistan, Irak und Serbien. Insgesamt wurden deutlich mehr als ein Drittel der Erstanträge von Menschen aus den Westbalkanstaaten gestellt. Im Jahr 2014 war Schweden das europäische Land, welches in Relation zur Einwohnerzahl die meisten Flüchtlinge aufgenommen hat. Dieser Trend wird sich voraussichtlich auch für dieses Jahr fortsetzen. Im Ranking dominieren die Staaten des deutschen Sprachraums und Skandinaviens. In absoluten Zahlen nahm Deutschland mit Abstand die meisten Asylbewerber auf.

Eine ähnliche Situation hatte die Bundesrepublik Mitte der 90er Jahre zu bewältigen, als in Folge der Kriege im ehemaligen Jugoslawien mehr als 400.000 Flüchtlinge hierzulande aufgenommen wurden. Auch damals kamen nach Deutschland deutlich mehr Menschen als in andere Länder der EU. Ende 2001 und nach Beruhigung der Situation auf dem Balkan lebten weniger als zehn Prozent der einstmals aufgenommen Kriegsflüchtlinge noch immer auf dem Territorium der Bundesrepublik. ■

Angemerkt



Deutschland wird sich verändern im Zuge der aktuellen Flüchtlingskrise. So heißt es immer und das ist auch richtig. Es ist aber auch eine Binsenwahrheit, denn jedes Land hat sich verändert und wird sich immer weiter ändern. Deutschland ist aktuell ein anderes als 1914, 1933, 1945, 1968 oder 1989. Es ist bunter geworden, auch älter, indifferenter, ungewisser, moderner, in jedem Fall friedlicher. Und es steht heute zu seinen rechtsstaatlichen Grundsätzen, die es sich als Ergebnis fürchterlicher Fehler gegeben hat. Man kann am Asylrecht nicht vorbei argumentieren. Doch man muss die Weichen auch so stellen, dass denjenigen, die wirklich Hilfe brauchen, optimale Unterstützung gewährt werden kann. Welche Auswirkungen die enormen Wanderungsbewegungen auf die deutsche Gesellschaft haben werden, bleibt ungewiss und wird vermutlich auch in der Rückschau nicht sicher beantwortet werden können. Sicher scheint jedoch, dass sich der Trend zu mehr ethnischer und kultureller Vielfalt fortsetzen wird.

Falk Schäfer



www.destatis.de
www.bamf.de
www.bpb.de